



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen
Dienstes

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/100

**Datenhandel mit der Debeka: Verbindungen zu
Bayerischen Behörden aufklären!**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich
zu folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

1. Seit wann hat die Staatsregierung Kenntnis
von der Weitergabe personenbezogener Da-
ten durch Mitarbeiter von Behörden an die
Debeka?
2. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob es auch in
bayerischen Behörden zur Weitergabe von
personenbezogenen Daten angehender Be-
amten gekommen ist?
 - a) Falls ja: wie viele Datensätze sind hiervon
betroffen? Welche Behörden und Dienst-
stellen sind hiervon betroffen? Gibt es Er-
kenntnisse darüber, wer die personenbe-
zogenen Daten weitergegeben hat?
 - b) Falls nein: bis wann ist mit Ergebnissen zu
rechnen? Welchen Stand haben die inter-
nen Ermittlungen?
3. Sollte sich herausstellen, dass auch bayeri-
sche Beamte in den Datenhandel verstrickt
sind bzw. waren, mit welchen disziplinarischen
Maßnahmen hätten die Verantwortlichen zu
rechnen?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Argu-
mentation der Debeka, bei der Weitergabe der
Daten handle es sich um eine zulässige Tipp-
gebung nach § 100 Bundesbeamtengesetz?

5. Was gedenkt die Staatsregierung in Zukunft
zu unternehmen, um die bayerischen Staats-
beamten vor der unerlaubten Weitergabe ihrer
personenbezogenen Daten zu schützen?“

Berichtersteller: **Günther Felbinger**
Mitberichtersteller: **Heinrich Rudrof**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen
des öffentlichen Dienstes federführend zuge-
wiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht
und Parlamentsfragen hat den Antrag mitbera-
ten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag
in seiner 3. Sitzung am 3. Dezember 2013 be-
raten und einstimmig in der in I. enthalte-
nen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner
7. Sitzung am 6. Februar 2014 mitberaten und
einstimmig der Beschlussempfehlung des
federführenden Ausschusses zugestimmt.

Ingrid Heckner
Vorsitzende